

Legende > > > 6-fache Zerschlagung
Gigantische Umverteilungspolitik mittels der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Von verheerenden Folgewirkungen mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Eingeladen (aktuell)

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung: Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Vorsitzender des Rates der EKD

Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Erzbischof von Köln

Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki

Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU

Herrn Horst Lorenz Seehofer

Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Frau Katrin Dagmar Göring-Eckardt

Bundvorsitzende der Freien Demokratischen Partei,

Herrn Christian Lindner

Sprecher der Alternative für Deutschland

Herrn Prof. Dr. Jörg Meuthen

Stärkung des Rechtsstaates überfällig ?

FDP, quo vadis? Herr Bundesvorsitzender

Mai 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/FDP2017-0.pdf>

Maischberger-Sendung über

politisch motivierte Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

System Deutschland 2017: Herrschaft des Unrechts?

Juli 2017

Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Aug.2017

System Deutschland 2017: Chaos- oder Bananenrepublik?

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: „Selbstbedienungsladen“ für

Politiker des Establishments und verschlossen für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ?

Gerechtigkeitswahlkampf für starken Rechtsstaat !

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Unverzichtbar: Rehabilitierung und Schadenersatz

nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge.

Der Betroffene ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

unter Verantwortung des Establishments

**unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung
(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
(Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4)
wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte
durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften
(Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung)
wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung
trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher
Erklärungsnot aller Täter, Mittäter und Mitwisser (Zerschlagung 6)**
Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch
motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das
Grundgesetz (GG):
**„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es
respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts.
Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.
Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.**
Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher
Übergriffe.

Zerschlagung 1:

**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des
Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der
beklagten Bundesregierung**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz mit
Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Zerschlagung 2: mit kausalem Zusammenhang zu Zerschlagung 1
**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des
Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und
Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor
dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und**

Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW
unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Zerschlagung 3: unter Verantwortung

**Öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen
Mitwisserschaft, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und
diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

Zerschlagung 4: unter Verantwortung sozialer Pflichtversicherungen, Verweigerung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Zerschlagung 5:

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

Klageerzwingungsverfahren am BGH und

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung am Verwaltungsgericht Berlin

Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf

rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Erweiterte Verfassungsbeschwerde, weil kein Zugang mehr zum Grundgesetz seit 2010 (verfassungswidriger Dauerzustand) vor dem Hintergrund von politisch motivierten und psychischen Zerschlagungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf>

Vom verwaltungsgerichtlichen Verfahren abgetrennt:

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, nach Planung einer gigantischen Umverteilungsoperation

mit verheerenden Folgewirkungen des Monster-Markteingriffs (rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000) und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-LG.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

Zivilgerichtliche Klage gegen den Freistaat Bayern Stand 2017

Klage wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, wegen kapitaler Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

Kausaler Zusammenhang zwischen zwei politisch motivierten Zerschlagungen:

1. Zerschlagung unter Verantwortung der deutschen

Bundesregierung (1, Zerschlagung 1),

2. Zerschlagung unter Verantwortung der bayerischen

Staatsregierung (2, Zerschlagung 2):

Kläger, selbst Opfer politisch motivierter Zerschlagung unter Verantwortung von (1), ist einziger Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge unter Verantwortung von (2)

Konzertierte Aktion von

Bundesregierung Deutschland und Bundesland Bayern mit politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers und seines verstorbenen Bruders, von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz wissentlich und gnadenlos ausgenutzt,

vom beklagten Bundeskanzleramt seit Jahren wissentlich unterdrückt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Verwaltungsgerichtliche Klage gegen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (WDR Nov.2016, Zerschlagung 3)

Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmaßnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht

wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe
infolge politisch motivierter Zerschlagungen des Klägers und seines
Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des
Verstorbenen)
unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland
(vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte
Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern
(vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-
jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod mit kapitalen
Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-
Vergangenheit
unter Mitverantwortung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks
(ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender
Kommunikationsverweigerung seit 2007
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

**Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte
Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu:
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht seit 2010
Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten seit 2007**

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, alle Staatsorgane und die
führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die
unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung zu
informieren. Es ist längst an der Zeit, dass die politisch motivierte
Zerschlagung von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher
Klageverstümmelung (verfassungswidrige Verweigerung rechtlichen
Gehörs) übergangen wird.

**Das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie
durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter
Beweisunterlagen,**

von qualifiziertem, umfangreichem Beweismaterial aus dem
Congressmesse-Archiv in den Ordnern 0, 1, 2, 3, 4 und separater
Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster
des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen
Congressmessen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (VG 27 K 308.14)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16)

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010
zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -
Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**

Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht
vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom
28.03.2013:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12
(Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Drittes Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom
10.04.2013:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12
(Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und Der Deutsche Bundestag seit 2010 schaut zu

Petition an den Deutschen Bundestag

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des
Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation,
Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom
28.05.2010

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom
03.01.2011:

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-
Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung,
Wutbürger

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

**Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442**

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und das Bundesverfassungsgericht seit 2010 schaut zu (mit Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung):

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

**Verfassungsbeschwerde vom 21.10.2011
(1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11)**

gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie systemischer Grundrechtsverletzungen der anschließenden Gerichtsverfahren mit Zwangsversteigerung des Geschäftshauses unter Beteiligung des Landgerichts Wuppertal (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren)

mit Kapitel 01-31 im Oktober 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, daher Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR

Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und massive staatliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze vom 09.03.2012, 24.04.2012, 17.06.2012)

12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (weitere Kapitel in fortlaufender Nummerierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung offensichtlich unter deutscher Einflussnahme gemäß der Verweigerungshaltung gegen Überlassung an den EGMR.

**Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 (2 BvR 397/13)
gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers
im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen**

Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und
totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher
(Bundesrepublik Deutschland)

Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen
Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der
staatlichen UMTS-Auktion 2000

Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß
Art.103 Abs.1 GG, Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne
Begründung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

**Verfassungsbeschwerde vom 01.02.2014 (1 BvR 2550/14),
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom
15.09.2014**

**gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-
Auktion 2000**

**wegen politisch motivierter Zerschlagung durch vorsätzliche,
staatliche Diskriminierung nach grob fahrlässiger Zerstörung von
Lebenswerk und Existenz-Grundlage durch staatliche UMTS-
Auktion 2000 und mehrfachen Verstoß gegen das
Telekommunikationsgesetz mit verheerenden Folgewirkungen
(2-facher Verstoß gegen Art.34 GG)**

Hier: Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen
Rundfunks (Beklagte) auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
(Kläger, Beschwerdeführer),

Verweigerung der Rechtsprechung und eines rechtsstaatlichen
Verfahrens durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf,
Oberverwaltungsgericht Münster und Bundesverwaltungsgericht
Leipzig (Beschwerdegegner),

Exzessive Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am
laufendem Bande durch ein chaotisches Gerichtsverfahren eines
Kammer und Senate

übergreifenden Sondertribunals ohne Vollstreckungsschutz gegen
Plünderung des Haushaltskontos durch die beklagte Stadt Velbert, mit
parallelen Beschlüssen aus 3 Instanzen

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung mit Beschluss
vom 10.10.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 vom 18.Dezember 2015
zu Rechtsbeschwerde III ZB 108/15 am Bundesgerichtshof**

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile,
Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der
Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter Zerschlagung

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung,
Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16, AR 306/16
vom 11. Januar 2016**

zu Rechtsbeschwerde IV ZB 33/15 am Bundesgerichtshof

Verlust des Krankenversicherungsschutzes infolge verheerender
Folgewirkungen aus politisch motivierter Zerschlagung
Missbrauch von begrenzter Prozesskostenhilfe zu künstlichem
Teilversäumnisurteil (Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch
motivierter Zerschlagung)

Missbrauch sozialer Exklusion für finale Zerschlagung des Opfers
politisch motivierter Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16, AR 1204/16
vom 14. Februar 2016**

zu 2 ARs 349/15, 2 AR 238/15 Bundesgerichtshof

Eskalation politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer
Zerschlagung mit Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte
Missbrauch sozialer Exklusion (Verlust der Pflegeversicherung) zur
psychischen Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

**Verfassungsbeschwerde AR 5737/16
vom 18. August 2016**

zu BVerwG 6 B 34.16, 6 PKH 17.16 (BVerwG 6 B 29.16, 6 PKH 15.16)
Doppelbeschluss 2 E 957/14, 2 E 247/16 OVG NRW
(27 K 6945/13 VG Düsseldorf, 27 K 5854/13 VG Düsseldorf).

Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen
Rundfunks (Beklagte) auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen,
der eigenen Zerschlagung und der Zerschlagung seines verstorbenen
Bruders (Kläger, Beschwerdeführer, Rechtsnachfolger),
nach Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren und auf Verzicht
von Zwangsmaßnahmen während laufender Gerichtsverfahren
nach exzessiver Verletzung von Grundrechten und
Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch chaotische,
verwaltungsgerichtliche Verfahren ohne Vollstreckungsschutz gegen
Plünderung von Pfändungsschutzkonten durch die beklagte Stadt
Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2038/16 vom 26. August 2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör**

zu I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal, III ZB 108/15 BGH Karlsruhe,
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 und
Erweiterte Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf
kammerübergreifende Bewertung der
Verfassungsbeschwerden 1 BvR 276/16, 1 BvR 928/16, 2 BvR 741/16

**Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör
im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe**

unter Verwendung des vorgelegten Beweismaterials (Beweis-Ordner
0, 1, 2, 3, 4 mit Leihgabe der Congressbände zur Europäischen
Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen
Verlagsservice)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-19.pdf>

**Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24.Dezember 2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige
Beschwerde gemäß Rechtsbehelfsbelehrung der 1.Instanz**
zu 2 O 70/15 und 2 O 163/16 LG Wuppertal,
16 T 317/16 LG Wuppertal, 15 M 1111/16 Amtsgericht Velbert
nach Versagung von rechtlichem Gehör durch die 2.Zivilkammer des
zuständigen Landgerichts (Abschiebung trotz Zuständigkeit der
2.Zivilkammer an 16.Zivilkammer) und
nach Versagung von rechtlichem Gehör durch die 16.Zivilkammer
trotz instanzabschließender Anhörungsrüge
an 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2.Instanz),
durch Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe in Folge,
ohne Zugang zum Grundgesetz seit 2010
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17 vom 20.Jan.2017
zu Zerschlagung 1** mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des
Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der
beklagten Bundesregierung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17 vom 18.Feb.2017
zu Zerschlagung 2** mit kausalem Zusammenhang zu Zerschlagung 1
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des
Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis
in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund
unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung
auf seinen Rechtsnachfolger in NRW unter Verantwortung der
bayerischen Staatsregierung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

**> > > Politisch motivierte Zerschlagung und der öffentlich-
rechtliche Rundfunk seit 2007 schaut zu**

Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer
zur persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer
zur persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Schreiben an **ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel** vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (**Rücktritt** Ende Januar 2013)
Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Presseinformationen

Presseinformation 17.07.2017

**System Deutschland 2017: Chaos- oder Bananen-Republik ?
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: „Selbstbedienungsladen“ für
Politiker des Establishments und
verschlossen für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ?
Gerechtigkeitswahlkampf für starken Rechtsstaat !
Bundeskanzlerin holt G20-Gipfel nach Hamburg, Erster Bürgermeister
erhält „Prügel“ von den Autonomen, mehr Chaos geht nicht
Bundesaußenminister titelt „Gipfel der Verlogenheit“,
Bundesjustizminister gegen „Fake News“ und für Zensur-Infrastruktur
im Internet (für Wählerinnen und Wähler), Zensur-Testbetrieb vom
Opfer längst beklagt
Deutschland 2000 war digitale Spitze im globalen Vergleich,
Deutschland 2017 ist digitale Kolonie von USA und Fernost,
Webseiten per Mausclick sperren, Deutschland auf dem Weg zur
Bananenrepublik
Regierungsnaher Justiz eines schwachen Rechtsstaates verweigert bis
heute rechtliches Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz Weltklasse-
Höchstleistungen des Opfers für digitale Evolution**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Presseinformationen 28.06.2017

System Deutschland 2017: Herrschaft des Unrechts?

Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, wie Rechtlose behandelt und für diese Umverteilung, Zerschlagungen, staatliche Übergriffe verantwortlich ist, der kann nicht Bundesregierung sein

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Presseinformationen 01.02.2017

System Deutschland sanierungsbedürftig?

Wer Umverteilte wie Rechtlose behandelt und für die Umverteilung verantwortlich ist kann nicht Bundespräsident sein

(Presseinformationen Nr.4)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Presseinformationen 04.04.2016

Von politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer Zerschlagung, fundamentale Menschenrechte chancenlos

(Presseinformationen Nr.3)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Presseinformationen 03.02.2016

Politisch motivierte Zerschlagung in Deutschland und ganz Deutschland schaut zu

Staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie durch Unterdrückung und Ignoranz qualifizierter, entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen

Eskalation politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer Zerschlagung mit massiver Verletzung fundamentaler Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Presseinformationen 12.08.2013

Von Ground Zero zu Ground Zero: Staatliche UMTS-Auktion 2000

Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland

Rechtsstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht und höchstrichterliche Entscheidungen bis heute verweigert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Weitere Verfassungsbeschwerden

Verfassungsbeschwerde

01.02.2014

[gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000](#)

wegen verheerender Folgewirkungen, totaler Ausgrenzung und Diskriminierung durch den staatlichen Verursacher (Bundesrepublik Deutschland) und mehrfachen Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes gemäß Telekommunikationsgesetz (TKG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

Verfassungsbeschwerde **15.01.2013**
gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers
im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde **12.02.2013**
Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 jetzt auch
Opfer eines **Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht**
> > > Schriftsatz vom 12.02.2013 (Kapitel 15-22)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde **11.03.2013**
Vorwürfe der mehrfachen Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),
wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers
> > > Schriftsatz vom 11.03.2013 (Kapitel 23-28)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde **22.09.2013**
Verweigerung einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung durch unerträgliche Verzögerungen trotz eindeutiger Beweislage durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
wegen Rehabilitierung des verstorbenen Bruders Wendelin Ockl in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung mit tödlichem Ausgang für den Gejagten (2.Todesopfer)
> > > Schriftsatz vom 22.09.2013 (Kapitel 301-305)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf>

Verfassungsbeschwerde **21.10.2011**
gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen systemischer Grundrechtsverletzung (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) im Umfeld verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

Schreiben **24.11.2011**
an den Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgericht
Befürchtungen einer nicht rechtsstaatlichen Behandlung unserer Eingaben zur Verfassungsbeschwerde: UMTS-Auktion 2000 ist politisches Tabu-Thema.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Beschwerde am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beim Europarat

Beschwerde am EGMR **08.09.2012**
(Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte)
UMTS-Auktion 2000: Unverständnis über weitere Anhörungsresistenz trotz massiver Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention.
Diskriminierung, Verweigerungshaltung und Anhörungsresistenz gegenüber Opfer der UMTS-Auktion 2000
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>
Nicht-Annahme zur Entscheidung offensichtlich infolge deutscher Einflussnahme

Information an den Bundespräsidenten

Wir klagen an28.03.2013

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),
wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Information an Ministerpräsidentin und Ministerpräsident des Landes NRW

Wir klagen an28.03.2013

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),
wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Ministerpraesidentin-NRW.pdf>

Innovationswachstum in NRW, Deutschland, Europa

EuroOnlineNRW, Breitband-Internet: Eine Herausforderung für die gesamte Landesregierung

Unsere Schreiben sind auch im Internet einsehbar:

1. Schreiben: Innovationswachstum
in NRW, Deutschland, Europa 28.06.2005
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>
2. Schreiben: Initiative EuroOnlineNRW 02.08.2005
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Petition an den Deutschen Bundestag

Wir klagen an 28.05.2010

Bitte an den Bundestagspräsidenten um Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Petition Pet 1-17-09-703-005442.....seit März 2010

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Verfassungsbeschwerde 16.11.2010

wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes

Petition Pet 1-17-09-703-005442
wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag zur staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>
Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

Außergerichtlicher Vorschlag an Bundeswirtschaftsminister ohne Beantwortung

Wäre es nicht besser für Deutschland, den Schadenersatz außergerichtlich zu vereinbaren und in ein Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz (Rehabilitierungsanspruch) zu investieren?

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

Schreiben vom 25.08.2011 an **Dr. Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Informationsarbeit wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Schreiben vom 19.01.2013 an ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut

Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:

Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert:

Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013 an WDR-Intendantin Monika Piel (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 14.06.2013 an WDR-Intendant Tom Buhrow

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Opfer der staatlichen UMTS-Auktion wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>